
*Radikalisierung und Erosion der politischen Mitte durch
freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien*

Andreas Molau

Vorbemerkungen

Als ein Gespräch für den Aktionskreis + Exit-Deutschland mit dem Thema Freiheit geplant wurde, kristallisierte sich das Thema »Radikalisierung und Erosion der politischen Mitte durch freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien« heraus. Dieses Thema ist an sich ein Problem für einen »Aussteiger«. Von dem wird, nach eigener Erfahrung, vor allem zunächst einmal Zurückhaltung erwartet. Vor allem, aber, dass er sich politisch nicht so äußert, dass Überschneidungen zu seinem vorigen politischen Wirken deutlich werden. Wenn es also um freiheitsfeindliche oder kollektivistische Ideologien geht, so darf er (oder) sie die eigene Weltanschauung vor dem Ausstieg kritisch analysieren. Und schließlich wird danach eine Distanzierung von dieser Weltanschauung erwartet. Der politische Status quo, bzw. der frühere politische Gegner »darf« nicht kritisiert werden. Überhaupt wird erwartet, dass »der Aussteiger« sich zu politischen Fragen besser nicht äußert. Schließlich könnte der Eindruck erweckt werden, er halte an alten Denkmustern, in denen er »das System« bekämpft hatte, fest. Sein Ausstieg wird dann in Zweifel gezogen. Gesellschaftliche Wiedereingliederung, die ohnehin schon nahezu unmöglich ist – jedenfalls, wenn der oder die Betreffende führende Funktionen in der rechtsextremen Szene ausgeübt hat –, wird so noch schwieriger.

Tatsächlich musste sich der Autor bei dem Seminar genau diese kritischen Fragen intern stellen lassen. Die Kritik vor allem an einer als freiheitsfeindlich ausgemachten »Mitte der Gesellschaft« entspreche genau dem, was in den gängigen Institutionen, vereinen und Organen der rechtsextremen Szene geäußert wird, war der Einwand. Der Autor äußere also nur das, was er in der »Jungen Freiheit« als Kulturredakteur oder Vorsitzender der »Gesellschaft für freie Publizistik« ebenfalls schon geäußert habe. Auch dort würde die politische Mitte mit der Begründung angegriffen, dass man das »ja wohl noch sagen dürfe« – also Kritik an politischer Einengung etwa. Diese Frage und der daraus resultierende Vorwurf

hat zu einem weiteren Reflexionsprozess geführt, der den Gedanken des vorliegenden Aufsatzes vorangestellt werden sollen. Er fängt mit der Feststellung an, dass der Autor tatsächlich viele Kritikpunkte, die er als Protagonist in der rechtsextremen Szene an der Gesellschaft gesehen hat, immer noch diagnostiziert. Als Aussteiger ist man allerdings in einen Reflexionsprozess über die eigenen Positionen eingetreten und hat neue Antworten gefunden.

Insofern bedeutet das: Als »Rechtsextremist« habe ich viele gesellschaftliche Phänomene als freiheitsfeindlich und undemokratisch erkannt. Der Ausstieg erfolgte nicht, weil ich diese Kritik an den Zuständen nicht mehr teile. Vielmehr geht es beim Ausstieg um eigene Wertvorstellungen und um die Konsequenz des Denkens. Die Kritik an den gesellschaftlichen Zuständen habe ich vor dem Ausstieg mit einer eigenen und genauso freiheitsfeindlichen Weltanschauung kompensiert, wie ich sie an dieser Stelle herauszuarbeiten versuche. Das heißt, die NPD etwa nimmt für sich in Anspruch, mangelnde Meinungsfreiheit zu beklagen – das ist ja auch insoweit nicht falsch. Wirklicher Pluralismus oder offene Debatten finden tatsächlich viel zu wenig statt. Sie selbst aber vertritt nicht weniger freiheitsfeindliche Ideologeme. Ausstieg ist über eine Änderung wesentlicher weltanschaulicher Deutungsmuster möglich. Nicht aber durch die »Neuformatierung« des Menschen. Wer erwartet, dass ein Aussteiger vom »Saulus zum Paulus« wird, möchte nicht wirklich ein Umdenken und sondern nur eine Neudeklaration und eine rituelle Abschwörungsformel hören.

Gerade weil ich als parteipolitisch aktiver Mensch freiheitsfeindliche Positionen vertreten habe, sehe ich jede Form von Freiheitseinschränkung als problematisch an und reagiere darauf besonders sensibel. Freiheit ist ein wesentlicher Bestandteil für die Verteidigung der Würde des Menschen, die »zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt«, wie es in Artikel 1 des Grundgesetzes steht. Deshalb kann ein schleichender Verlust der Freiheitsrechte, der aus der Mitte der Gesellschaft sich vollzieht, nur kritisch gesehen werden. Vor allem für einen Aussteiger, der seine politischen und ethischen Grundkoordinaten auf diese Freiheit neu ausgerichtet hat. Gesellschaftspolitische Fragen von Extremismus, Deradikalisierung und Ausstieg kann sich meiner Ansicht nach nur nach der Frage richten, ob die Beteiligten sich selbst im Spektrum freiheitlicher Gedanken bewegen oder unfreiheitlicher Extremismusbekämpfung ohne den Raum der Grundrechte zu garantieren ist nicht nur falsch, sondern bereitet Extremismus und Freiheitsfeindlichkeit nur neuem Raum.

Es mag zwar deshalb als Aussteiger ein Wagnis sein, den politischen Staus quo kritisch auf Freiheitsverlust hin zu analysieren. Es erscheint aber vor allem notwendig.

Freiheitsfeindliche Bestrebungen aus der Mitte

Die Grundthese dieses Aufsatzes lautet: Die politischen Ränder unterscheiden sich heute nur unwesentlich hinsichtlich ihres Verlustes an freiheitlichen Impulsen von der Mitte der Gesellschaft. So wie es einen von Heitmeyer lange schon definierten »Rassismus aus der

Mitte« gibt, so existiert daneben eine freiheitsfeindliche Ideologie der Mitte. Diese Freiheitsfeindlichkeit gibt vor, für Deradikalisierung zu sorgen. Facht aber demgegenüber politischen Extremismus nur noch an. Der Abbau von Freiheitsrechten hat auch in der westlichen Hemisphäre Tradition. Unter dem Druck politischer Konstellationen sind Freiheit und Demokratisierung bereits nach dem Krieg vor allem Propagandavokabeln gewesen. Vor allem ging es im Kalten Krieg, im Kampf der Systeme zwischen Ost und West, zunächst um ökonomische Attraktivität. Beide Systeme – in der BRD und DDR beanspruchten für sich den Begriff der Freiheit. Schließlich definierte man die Freiheit anders. Während der Begriff im Westen eher für die Entfaltung der eigenen Persönlichkeit stand, die sich in der überragenden Stellung der nicht aufhebbaren Grundrechte zeigt, fügte die DDR noch andere Perspektiven des Freiheitsbegriffes ein – insbesondere die der ökonomischen Unabhängigkeit.

Dass vorgegebene Freiheitsfreundlichkeit in der DDR vor allem ein Propagandawerkzeug war, steht unter den Vorzeichen von Mauer, Stasigefängnissen und Überwachung kaum außer Frage. Aber auch in der Bundesrepublik Deutschland war Freiheit von vornherein durchaus nicht die Freiheit, alle Dinge infrage stellen zu dürfen. Der Verlust von Freiheit und die Erkenntnis, dass sich wesentliche Strukturen der deutschen Diktatur von 1933 bis 1945 bis hin zu Personenkonstellationen in den neuen demokratischen Staat gerettet hatten, führten in den 60er Jahren u.a. zu den großen Studentenprotesten. Hier ging es besonders um die Herstellung von Pressefreiheit, damit von Meinungsfreiheit sowie von Forschungsfreiheit. Aber schließlich ebenso um die Möglichkeit, das gesamte System, als kapitalistisch apostrophiert, infrage stellen zu dürfen. Das Wort von der »Lügenpresse«, das sich von den damals linken Demonstranten Ende der 60er Jahre auf die Springerpresse bezog und die Tatsache einer unveräußerlichen nicht infrage zustellenden Westbindung, hat in diesen Tagen neue Konjunktur und wird von der rechten PEGIDA-Bewegung wieder ins Feld geführt.

Mit dem Ende der christdemokratischen Ära in Deutschland durch den neuen Bundeskanzler Willy Brandt kam das Schlagwort von »Mehr Demokratie wagen« auf. Dieser Slogan hätte nicht seine außerordentliche Wirkung gezeigt, wenn nicht trotz grundgesetzlich verbrieft Freiheitsrechte und vor allem dem Schutz der unveräußerlichen Menschenwürde ein Mangel an diesem Gut empfunden worden wäre. Die Fragen der Gleichberechtigung der Frau, dem Schutz individueller Lebensentwürfe, die vom Status quo abweichen, mögen einige der Triebfedern der neuen sozialdemokratischen gewesen sein. Neue Impulse, etwa auch in der Bildung, sollten dafür sorgen, dass der mündige Mensch den »Autoritären Charakter« ablösen sollte. Autoritäre Charaktere seien der Nährboden für Faschismus, war die Auffassung. Die Vertreter der Frankfurter Schule waren es, die diese These im letzten Jahrhundert entwickelten. Und nach der Katastrophe der deutschen Diktatur und Völkervernichtung zwischen 1933 und 1945 schien sie besonders evident. Erich Fromm beschrieb schon in der 30er Jahren den »autoritären Charakter«. Dieser sei durch bestimmte Muster sozialer Einstellungen geprägt, die sich negativ auf das Sozialverhalten auswirkten. Solche Einstellungen seien zum Beispiel extremer Gehorsam gegenüber Autoritäten, Ethnozentrismus, Vorurteile oder Konformität durch starre Regeln.

Der autoritäre Charakter empfinde Lust an der Unterwerfung und ordne sich kritiklos ein. Die Übereinstimmung mit den Mächtigen lasse ihn seine eigene Unwichtigkeit vergessen. Eine autoritäre Gesellschaftsstruktur produziere demnach Gehorsam und Unterwerfung. Das Individuum werde an die Autoritäten gebunden, die die Bedürfnisse nach Unterwerfung befriedigten. Die Folge dieser Gedanken waren, wie gesagt, die Studentenunruhen in den 60er Jahren, die sich den bestehenden Autoritäten entgegenwarfen. Die antiautoritäre Erziehung und später ein Verständnis, dass freie Persönlichkeitsentwicklung vor Gehorsam geht, weitere daraus resultierende Entwicklungen. Die Rechte, von der bürgerlichen bis zur extremen, lehnte das Konzept ab. Rolf Kosiek, ein Vertreter der extremen Rechten, schrieb bereits vor einigen Jahrzehnten eine Kritik aus rechter Sicht – »Die Frankfurter Schule und ihre zersetzende Auswirkungen«. Der »Abbau der Autorität« wurde dabei als besonders kritisch bewertet. Hierarchien, Ordnung und Regeln seien die Grundlage des menschlichen Zusammenlebens. Arnold Gehlen kritisierte in »Moral und Hypermoral« die Abschaffung der Institutionen.

Ob diese sozialliberale Wende tatsächlich ein Mehr an Freiheitsrechten bedeutete, darf wohl bezweifelt werden. Die 1972 auf Vorschlag der Innenministerkonferenz vorgelegten »Grundsätze zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im Öffentlichen Dienst«, kurz »Radikalenerlass«, sprechen jedenfalls dagegen. Hier wurde auf das Recht des Staates hingewiesen, dass aktive Verfassungstreue Grundlage für die Einstellung in den Öffentlichen Dienst sei. Während in den 50er und 60er Jahren noch vereinzelt Bewerber für den Beamtenstatut abgelehnt wurden, war dies jetzt für eine große Gruppe von Menschen möglich, die systemkritische Fragen stellten, bzw. systemüberwindende Antworten fanden. Dabei war es gleichgültig, ob jemand Lokomotivführer oder Lehrer war. Berufsverbote im Zuge des Radikalenerlasses gab es für Links- oder Rechtsextremisten. Bis zur Abschaffung der Regelung 1991 wurden 1,4 Millionen Menschen überprüft. Über die Frage, wie man in einer Demokratie bzw. in einem freiheitlichen Staat umgehen kann, wird noch im Diskurs über die Thesen Karl Poppers in diesem Rahmen zu sprechen sein. Interessant ist, dass sogar Kräfte der damaligen Regierungskoalition grundsätzlich kritische Fragen stellten.

So sah Herbert Wehner (SPD) bereits 1972 in dem angestrebten Schutz der freiheitlichen Grundordnung den Ansatz zur »Gesinnungsschnüffelei«. Willy Brandt selbst, der Urheber, sah den Radikalenerlass später als Kardinalfehler. Und auch Helmut Schmidt stellte in der Rückschau fest, dass mit »Kanonen auf Spatzen geschossen« worden sei. Mitte der 70er Jahre kritisierte der damalige Präsident der Freien Universität Berlin, Eberhard Lämmert, dass ein »verständliches politisches Engagement während des Studiums zu schweren Nachteilen bei der Berufswahl führen kann.« Damit fühlten sich nicht nur politisch oppositionell denkende Studentinnen und Studenten bedroht, sondern eine diffuse Gefährlichkeit der Maßnahme werde der großen Mehrheit der Bevölkerung damit bewusst. Das Thema Freiheitsrechte war in den 80er Jahren und erst recht mit dem Vollzug der deutschen Einheit zunächst kein größerer gesellschaftspolitischer Diskussionsgegenstand. Im Gegenteil: Mit den Ereignissen um das Zusammenwachsen der beiden deutschen Staaten erschien das westliche System gegenüber dem System der DDR in Sachen Freiheitsrechte als überlegen. Stärkere politische Opposition von rechts gab es nicht nach dem kurzen Aufstieg der Republikaner in den 80er

Jahren. Die Links-Opposition bezog sich bis 1989 besonders auf die Themen Umweltschutz und Aufrüstung.

Ein einschneidendes Erlebnis in Sachen Freiheitsrechte ergab sich nach dem 11. September 2001 und den daraus folgenden Maßnahmen gegen den Terror. Die Statewatch-Mitarbeiter hatten in einem EU-Projekt nach Angaben der Zeitschrift Netzpolitik herausgearbeitet, dass seit 9/11 ganze 293 »Anti-Terror Maßnahmen« verabschiedet worden seien, die vor allem zulasten der Freiheitsrechte gegangen sind. Nach den Terrorereignissen in Paris im Jahr 2015 wird die Liste noch einmal verlängert werden. Vorratsdatenspeicherung, Fluggastdatenabkommen sind nur einige Stichpunkte. In Frankreich wurden nach den Anschlägen in Paris wesentliche Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt – mit dem Argument besonderer Schutzbedürftigkeit der Freiheit durch freiheitsfeindliche Anschläge. Der 2001 amtierende Bundesdatenschutzbeauftragte Joachim Jacob warnte bereits nach 9/11: »Wenn wir die Freiheitsrechte in der Weise aushöhlen, dass jeder zu jeder Zeit an jedem Ort überwacht würde und sich identifizieren muss, dann hätten wir nicht nur jede Grenze überschritten, sondern nur erreicht, was diese Terroristen wollen.«

Statt »Mehr Demokratie«, also mehr Freiheit wagen, drängt sich der Eindruck auf, dass stattdessen immer mehr Regelungen und Bürokratie den Alltag beschweren. Zertifizierungen für freie Berufe, EU-Verordnungen, Normen verdrängen den Spielraum von kreativer Entscheidungsmöglichkeit. Zwar wird eingewandt, dass eine komplizierter werdende Welt mehr Regelungen bedürfe, gleichzeitig wird der Unmut größer, dass eine Bevormundung des Lebens stattfindet, Prozesse nur begleitet werden können, aber nicht gestaltet. Ob von Rechts mit den bereits erwähnten PEGIDA-Demonstrationen oder von links der Protest gegen die Freihandelsabkommen. Die Zustimmungswerte zum Staat und seinen Protagonisten sinkt. Nur 24 % der Befragten zeigen sich aktuell mit der derzeitigen Demokratie sehr zufrieden. Demokratiedefizite bestehen auch in den Parteien. Kritisiert werden etwa der Fraktionszwang, die Parteienfinanzierung, Populismus, Vetternwirtschaft, das Entstehen einer Oligarchie, mangelnde innerparteiliche Demokratie, zu geringe Unterscheidung im politischen Handeln der verschiedenen Parteien und das Gefühl, dass sich Entscheidungen nicht am Wohl der Bevölkerung orientieren, sondern an äußeren Interessen.

Diese Demokratiedefizite kommen nicht vom Rand der Gesellschaft, sondern aus deren Mitte. Es gibt keine direkte Mitbeteiligung der Bevölkerung an den Entscheidungsprozessen, es sei denn sie spielen sich auf kommunaler Ebene ab. Die Entscheidungsspielräume der Kommunen aber wiederum sind mit der europäischen Zentralisierung und in Zeiten hoher finanzieller Belastungen immer kleiner geworden. Es scheint also durchaus nicht verwunderlich, dass in diesem Milieu auch freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien wachsen, die, so kann man vermuten, letztlich gar nicht im Gegensatz zur Funktionsweise des politischen Systems stehen, sondern sich sogar zwingend aus diesen ergeben. Sie sind sozusagen »Fleisch vom Fleische des Systems.«

Zum Begriff der politischen Mitte

Die politische Mitte ist ein schwer missbrauchter politischer Begriff. Jede politische Gruppierung, und sei sie auch noch so radikal und gesellschaftlich außenstehend, hält sich für die Mitte – in dem Sinne, dass man für die Bevölkerung sprechen möchte. Auf der extremen Rechten meint man, für die »schweigende Mehrheit« zu sprechen – also für jene 85 %, die mit der aktuellen Demokratie nicht zufrieden sind. Oder für jene 50 %, die nicht zur Wahl gehen. Es besteht das Bewusstsein, zwar einer kleinen Minderheit anzugehören, was die Ergebnisse bei den Wahlen angeht, das man aber andererseits für die Mehrheit der Bevölkerung spreche, die dies eben nur noch nicht äußere. Eine ganz ähnliche Attitüde erlebt man auf der extremen Linken, die im Namen einer höheren Gerechtigkeit spricht, die man für alle durchsetzen möchte. Bereits Lenin vertrat die Vorstellung, dass die zentralisierte Arbeiterpartei, bestehend aus Berufsrevolutionären, die Masse der Bevölkerung zur Revolution führen müsste. In manchen Presseerzeugnissen hat man heute den Eindruck, es werde nicht in erster Linie ein Sachverhalt geschildert, sondern vor allem ein Bewertungsmuster, wie man etwas zu sehen hat. Ein Beispiel: Bis zu den Maßnahmen der Amerikaner gegen Syrien unter Assad war dieser nicht nur ein Bündnispartner des Westens und gut für den wirtschaftlichen Austausch. Er war unhinterfragt Präsident des Landes. Heute ist er ganz unterschwellig zum »Machthaber« geworden. Ohne weitere Erklärung ist das Deutungsmuster in den Medien gegeben, dass er als Politiker nicht rechtmäßig agiere, ohne das weiter zu erklären oder zu motivieren.

Natürlich sehen sich auch und besonders die etablierten Parteien und die traditionellen Verbände von Kirchen und Gewerkschaften als politische Mitte, obwohl ihnen seit Jahren die Mitglieder abhandengekommen sind. Allein die Mitgliederzahlen der großen Parteien CDU und SPD haben sich seit 1990 von rund einer Million auf zusammen rund 500.000 halbiert. Kirchen und Gewerkschaften erleiden ein ganz ähnliches Schicksal. Die Wahlbeteiligung, die mittlerweile an die 50 % heranreicht, zeigt überdies die Zustimmungquote zu den etablierten Institutionen und Verbänden. In den Gewerkschaften sind heute nur noch etwa 20 % der Arbeitnehmer organisiert. 1990 waren es noch 40 %. Allein im letzten Jahr haben die beiden großen Kirchen fast 650.000 Menschen verlassen. Man kann also zurecht von einer Krise gesellschaftlicher Institutionen sprechen. Dass sich in diesem Zuge alternative Angebote entwickeln, auch freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien, scheint evident. Menschen fühlen sich oft von den etablierten Institutionen bevormundet. Dass sie sich deshalb für andere freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien entscheiden, ist nur auf dem ersten Blick unlogisch. Da diese Gruppierungen keinerlei Entscheidungsgewalt haben, tritt dieser Mangel natürlich kaum ins Bewusstsein.

Die politische Mitte ist zum Kampfbegriff der Bevormundung geworden, bei dem es hauptsächlich darum geht, dass die betreffenden Gruppierungen für die Mehrheit sprechen

und handeln wollen, ohne sich dabei jedoch nach den Wünschen und dem Willen dieser Bevölkerung zu richten. Die Kritik am Populismus für akzentuierte politische Systemkritik ist entlarvend, weil sie mehr oder weniger offen zugibt, dass der Volkswille etwas Negatives sei. Besonders häufig hört man im politischen Diskurs die Formulierung, man müsse dem Volk etwas besser erklären, wenn die Maßnahmen noch keine Zustimmung finden. Gerade die politische Auseinandersetzung von rechts kritisiert diese Praxis. Sie unterschlägt aber, dass man selbst nur andere Erziehungsprogramme hat – etwa die die NPD die der homogenen Volksgemeinschaft –, die man im Falle der politischen Macht dem Volk ebenfalls »erklären« würde, damit man ihn ebenfalls gegen die Mehrheit durchsetzen würde.

Gegenüber dieser Definition der politischen Mitte meint der Begriff im ursprünglichen und vernünftigen Sinn einen Ort des politischen Maßes. Der Sinnspruch der sieben Weisen des antiken Orakels von Delphi verdeutlicht diese Philosophie sehr gut. »Nichts im Übermaß.« Diese Philosophie des Maßes prägte die Kultur des Christentums in Europa aber ebenso die der modernen Staatstheoretiker, ganz egal, ob diese nun konservativ oder liberal oder sozial motiviert waren. Von Spinoza über Locke, Edmund Burke, Mill bis zu Tocqueville war das Maß ein politischer Richtwert, an dem sich die Idealität einer Gesellschaftsform und das Zusammenleben der Menschen miteinander messen ließ. Die Mitte galt als Ort der Freiheit und des Maßes, der allen extremen Versuchungen widersteht und so etwas wie eine »offene Gesellschaft« anstrebt. Der »Sündenfall« dieser Freiheitsgesellschaft ist Platon, der in seiner Staatslehre verkürzt gesagt die Vollkommenheit und die Rückkehr zur Natur und damit zu einer geschlossenen Gesellschaft propagiert hat. Die Konstruktion eines Idealstaates mit idealen Menschen ist im Wortsinne maßlos. Die Umsetzung einer utopischen Gesellschaftsordnung, also die Umsetzung einer perfekt gedachten Gerechtigkeit und Ordnung war auch die Grundlage für die zwei Diktaturmodelle im 20. Jahrhundert – ob nun im Faschismus oder Nationalsozialismus oder im Kommunismus. Aber die westlichen Demokratien neigen ebenfalls dazu, in der politischen Wirklichkeit einen geschlossenen Staat zu propagieren, in dem man eine perfekte Gerechtigkeit erhalten will und jede Kritik daran als freiheitsfeindlich apostrophiert.

Als zugespitzte These sei in den Raum gestellt. Alle Gesellschaftsmodelle, der extremen Linken wie Rechten aber auch der Etablierten, verfolgen am Ende mehr oder weniger das Konzept eines reglementierenden Staates, der eine ideale Form verteidigen will. Auf der rechten Seite wird das Konzept der Nation verfolgt, als geschlossenes, ethnisch abgegrenztes Modell, in dem eine feste Form von Sitten und Gebräuchen festgeschrieben wird. Jede Veränderung wird als Gefahr angesehen. Der Unterschied zwischen den gemäßigeren Formationen etwa der AfD und der radikalen NPD bzw. Parteien wie der Rechten oder der III. Weg besteht vor allem in der Frage ethnischer Homogenität. Während die AfD vor allem ein geschlossenes Modell als Wertesystem vertritt, weitgehend unabhängig von ethnischer Herkunft – mit Ausnahme von Björn Höcke in der AfD –, vertritt die extreme völkische Rechte ein biologistisches Modell, das die Gefährdung allein darin sieht, dass Menschen von fremder Herkunft in das geschlossene System kommen. Die Linke vertritt ein ebenso geschlossenes Modell, in dem es um die Durchsetzung einer ideologisch definierten sozialen Gerechtigkeit geht und die Durchsetzung vom Konzept der Gleichheit aller Menschen. Gleichheit meint hier vor allem eine Gleichheit im

materiellen Sinne und nicht wie in der vom Grundgesetz so verstandenen Würde. Natürlich hat Freiheit genauso eine materielle Seite. Was die Geschlossenheit des linken Konzeptes anbetrifft, so geht es darum: Um eine Gerechtigkeit, bzw. Gleichheit herzustellen, scheut man nicht davor in die Lebenswirklichkeit der Menschen steuernd einzugreifen. Sei es durch Verbote und Reglementierungen durch das Umverteilen von Einkommen. Kritisiert wird sogar von ehemaligen Linken (etwa Jan Fleischhauer, »Unter Linken«) ein »Tugendterror«, der Sprachregelungen trifft, Sanktionen gegen politisch Andersdenkende ausspricht.

Da sich die politische Mitte in den letzten Jahrzehnten nach links verschoben hat, treffen diese Sanktionen vor allem die rechte Opposition. Aber auch linke Systemkritik gerät in das Fadenkreuz. Aus eigener Erfahrung kann ich sagen, dass wesentliche Freiheitsrechte, wie die Versammlungsfreiheit von der extremen Rechten entweder bis in die letzte Instanz rechtlich erstritten werden müssen oder gar nicht zum Tragen kommen. Ein kleines Beispiel: Das Parteienrecht macht es etwa zwingend, dass eine Partei Parteitage abhalten muss, die öffentlich sind. Rechte Parteien haben jedoch kaum Chancen darauf, eine Örtlichkeit zu bekommen, in der solche Tagungen abzuhalten sind. Äußerer Druck wird gegen Gastwirte aufgebaut, bis diese die Säle wieder kündigen. Öffentliche Räume müssen in der Regel rechtlich erstritten werden. Demonstrationen werden mit hohen Auflagen zugelassen oder verboten. Dies zu kritisieren hat per se nichts damit zu tun, die politischen Inhalte zu rechtfertigen. Das ist natürlich anders, wenn diese Kritik von der Extremen selbst kommt. Die beschwert sich zwar zurecht, dass Freiheitsrechte außer Kraft gesetzt werden, ist moralisch aber unglaublich, weil sie selbst diese Freiheitsrechte selbst nicht vertritt. Damit bleibt die Kritik natürlich richtig, die Motivation, und besonders die Folgen sind allerdings zu hinterfragen. Trotzdem müssen ein Rechtsstaat und eine freiheitliche Grundordnung, die die Würde des Menschen achten, auch an den eigenen Taten gemessen werden. Wenn diese selbst nicht freiheitlich orientiert sind, fällt es schwer, eine Legitimation im Sinne von Deradikalisierung zu erkennen.

Geschlossene Gesellschaftsmodelle zeichnet es stets aus, dass sie mit Angst operieren. Angst davor, dass das eigene Gesellschaftsmodell durch fremde Einflüsse zerstört werden könnte. Aus Angst wird Repression. Aus Repression Unfreiheit. Demgegenüber steht das Modell einer offenen Gesellschaft. Ein Ansatz von Karl Popper, der als einzig mögliche Alternative gegen eine Radikalisierung und Freiheitsverlust stehen kann. Natürlich bleibt immer die Frage, was eine Gesellschaft machen will, wenn die Freiheit an sich bedroht ist. Da gilt es jedoch zu fragen, ob und wann sie tatsächlich bedroht ist. Die extreme Rechte macht Angst und Stimmung vor einer »Islamisierung« und »Überfremdung«, obwohl diese real gar nicht existiert. In Dresden etwa, wo die PEGIDA-Bewegung wöchentlich tausende von Menschen auf die Straße bringt, gibt es den Islam faktisch gar nicht. Allerdings muss auch, vor allem im anstehenden NPD-Verbotsverfahren, danach gefragt werden, wie groß die »Gefahr von rechts« eigentlich ist und von wem sie ausgeht. Dass eine Partei wie die NPD mit einigen Tausend Mitgliedern und einigen Landtagsmandaten tatsächlich die Demokratie gefährden kann, scheint einigermassen fragwürdig. Dass stattdessen mehrheitsfähige rassistische Haltungen, die auch in etablierten Parteien vertreten werden, wird mit einem solchen Verbotsverfahren nur übertüncht.

Die Offene Gesellschaft

Gegen die geschlossene, vor allem auf Reproduktion gesellschaftlicher Verhältnisse ausgerichtete Gesellschaft steht das Konzept einer offenen Gesellschaft, wie dies Karl Popper beschrieben hat. Dieses Konzept ist ein Konzept ohne Angst, weil es nicht teleologisch ausgerichtet ist, also das Ende nicht von vornherein definiert. »Aber wenn wir Menschen bleiben wollen, dann gibt es nur einen Weg, den Weg ins Unbekannte, ins Ungewisse, ins Unsichere weiterzuschreiten und die Vernunft, die uns gegeben ist, verwenden, um so gut, wie wir es eben können, für beiden Seiten zu planen: Nicht nur für die Sicherheit, sondern zugleich für die Freiheit.« Dieses Denken fängt in der Bildung, in Familie und Schule an. Ich kann ein festes Bild über das haben, was eine Biografie für gelungen hält und konditioniere das Kind bereits auf bestimmte Normen. Oder ich halte einen offenen Lebensweg für möglich, dessen Normen und Werte am Ende anders aussehen als meine eigenen. Die Angst vor Einwanderung und dem fremden Normen- und Wertegefüge ist aus der Angst vor Veränderung geboren. Die Reaktionen aber auf Menschen, die diese Angst äußern oft ebenso. Denn das Bedürfnis konservativer Bewahrung ist per se nicht schlechter als der Wunsch nach Veränderung.

Eine offene Gesellschaft wie sie Karl Popper definiert, zeichnet sich dadurch aus, dass sie die Überprüfung aller Hypothesen zulässt und damit für Veränderung offen ist. Grundlage dafür ist eine Meinungs- und Diskussionsfreiheit. Von Kritikern dieser Idee wird eingewandt, dass Popper selbst die Grenzen von Toleranz beschreibt. Uneingeschränkte Toleranz führe mit Notwendigkeit zum Verschwinden der Toleranz. Schließlich warnt Popper: »Denn wenn wir die uneingeschränkte Toleranz sogar auf die Intoleranten ausdehnen, wenn wir nicht bereit sind, eine tolerante Gesellschaftsordnung gegen die Angriffe der Intoleranz zu verteidigen, dann werden die Toleranten vernichtet werden. Und die Toleranz mit ihnen.« Es stellt sich allerdings die Frage, wann diese Notwehr angebracht ist. Äußert sich jemand intolerant, oder verhindert er selbst aktiv die freie Entfaltung eines anderen? Hier scheinen Unterscheidungen schon angebracht. Im Kampf gegen den Extremismus, vor allem gegen rechten Extremismus, werden allerdings bereits Meinungen als Angriff auf die Existenz der Toleranz gewertet und bekämpft.

Dabei ist Popper selbst sehr vorsichtig, wenn er formuliert: »Damit wünsche ich nicht zu sagen, dass wir z.B. intolerante Philosophien auf jeden Fall gewaltsam unterdrücken sollen; solange wir ihnen durch rationale Argumente beikommen können und solange wir sie durch die öffentliche Meinung in Schranken halten können, wäre ihre Unterdrückung sicher höchst unvernünftig.« Und zwar weil, wie man hinzufügen möchte, sie als Prinzip angewendet selbst zu Unfreiheit führt und die Intoleranten stärkt. In Bezug auf den Rechtsextremismus wäre zu fragen: Welche Gefahr geht etwa tatsächlich von einem völkisch geprägten Nationalismus mit historischen Bezügen für die freiheitliche Gesellschaftsordnung aus. Wie mehrheitsfähig ist eine Neo-NS-Bewegung? Wie anfällig sind Menschen für autoritäre Strukturen. Und eine

Antwort wäre: Je mehr, umso autoritärer die Denkstrukturen der Gesellschaft sind. Deradikalisierung und Kampf für Toleranz muss vor allem zunächst positiv darin liegen, diese attraktiv zu machen und selbst zu leben. Und nicht vor lauter Angst, selbst intolerant zu werden.

Neben Karl Popper ist noch auf Ernst Fraenkel hinzuweisen, der im Laufe der Rezeptionsgeschichte sowohl von rechts als auch von links kritisiert worden ist. Fraenkels Grundkonzeption passt zum Ansatz Poppers. Fraenkel mahnte, dass das Gemeinwohl nicht im Voraus bestimmt werden dürfe, sondern sich entwickeln müsse. Als Ergebnis der verschiedenen Interessen in einer Gesellschaft und das im freien Diskurs. Auch hier gilt: Wenn man aus lauter Angst, dass die Falschen damit die Ziele des Gemeinwohls bestimmen würden, dieses Spiel der Interessen unterdrückt, schafft man die Freiheit damit ab. Der Kabarettist Volker Pispers merkte einmal an, dass es schon merkwürdig sei. Wenn in Deutschland in einer Partei um ein wichtiges Amt kandidiert würde, dann spreche man von einer Wahl, wenn nur ein Kandidat antrete. Bei einem Gegenkandidaten sei sofort abwertend die Rede von einer »Kampfkandidatur«. Eine Spaltung der Partei werde prognostiziert. Die Sorge nach Sicherheit ist eine, die nach den Erfahrungen des Dritten Reiches die Grundideen der Verfassungsväter bestimmte. Das Abgleiten in eine Diktatur müsse verhindert werden, war die Devise. Deshalb, so lernen wir bereits im Politikunterricht, sei eine wehrhafte Demokratie vonnöten.

Dieser nachvollziehbare Ansatz hat aber letztlich dazu geführt, dass eine gesellschaftliche Mitte des Maßes und der Toleranz in der Geschichte der Nachkriegsdemokratie in Deutschland sich kaum entwickeln konnte. Im Namen der Freiheit sind es freiheitsfeindliche und kollektivistische Ideologien und Regeln, die den Alltag der Menschen bestimmen. Diese sind es auch, die schließlich der Nährboden für Freiheitsfeinde sind. Angst und Misstrauen sind eine schlechte Grundbedingung für eine offene Gesellschaft. Die offene Gesellschaft aber ist die einzige Antwort auf Ideologien, seien sie nun politisch oder religiös geprägt, die den Menschen einfache Erklärungsmuster bieten und die Freiheit im Namen der Sicherheit opfern. Deshalb können Deradikalisierung und Spielräume für Freiheit nur aus der Mitte von maßvollem Agieren kommen. Freiheitsfeindliche Denkansätze können nur so lange Freiheit und Toleranz vorgaukeln, wie sie auf ein freiheitsfeindliches Milieu treffen. Insofern muss ein Umdenken in der Demokratiebildung einsetzen, wenn das Postulat von der universellen Menschenwürde geschützt werden soll.

Andreas Molau (1968) Bis 2012 war er Funktionär rechtsextremer Parteien (NPD, DVU, Bürgerbewegung pro NRW). Von 2005 bis 2010 war er Vorsitzender der Gesellschaft für Freie Publizistik, die ebenfalls der extremen Rechten zugeordnet wird. Im Juli 2012 erklärte Molau öffentlich seinen Ausstieg aus der rechtsextremistischen Szene. Molau engagiert sich seitdem im Aktionskreis ehemaliger Rechtsextremisten | EXIT-Deutschland, Integrations- und Inklusionsprojekten und referiert bei Seminaren und Vortragsveranstaltungen zu Präventionsfragen rechtsextremer Entwicklungen.